

WAHLZEITUNG

Sandro Krättli



Regierungs- und Grossratswahlen
14. Juni 2026

Juni 2026

LISTE 4



Bündner Energie gehört in Bündner Hand.

**Kein Wahlversprechen, sondern Einblick:
Strom, Gemeinden und unsere Zukunft.**

- Strom ist Grundversorgung – und muss verständlich bleiben
- Ihre Stromrechnung: Mehr Abgaben als Energie
- Kaum Mitsprache für Graubünden im Stromsystem
- Gemeinden brauchen mehr Flexibilität statt starre Vorgaben
- Lokale Speicherung und Wertschöpfung stärken die Region
- Weniger Bürokratie, mehr Transparenz
- EU-Abkommen und Gesetze: Folgen für Bündner Souveränität
- Entscheidende Frage: Bleibt die Energie in Bündner Hand?

Liebe Bündnerinnen und Bündner

Diese Wahlzeitung ist keine Werbebroschüre. Sie ist ein Angebot: zehn Kapitel über Strom, über Graubünden, über die Zukunft unserer Gemeinden.

Keine Theorie, sondern aus der Praxis eines Unternehmers, der täglich mit Strom arbeitet – auf dem Dach, im Keller, auf der Baustelle.

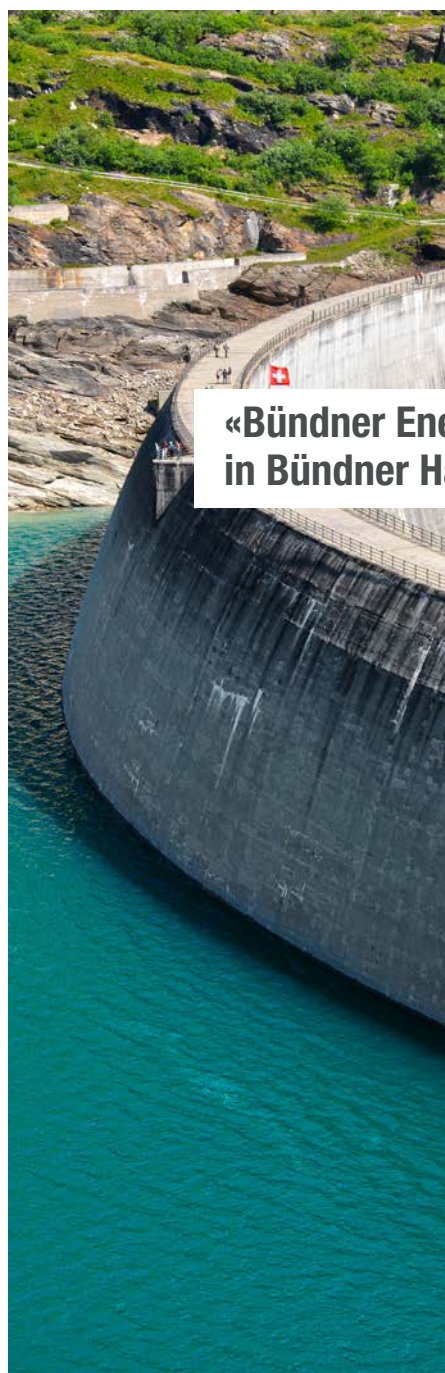
Wenn Sie nur wenig Zeit haben, lesen Sie das Kapitel, das Sie am meisten betrifft. Wenn Sie alles lesen, verstehen Sie, warum ich kandidiere.

Sandro Krättli

Bergler Energie AG, bergler@berglerenergie.ch



Strom ist Grundversorgung – und Grundversorgung muss verständlich sein



«Bündner Energie gehört in Bündner Hand.»

Mein Name ist Sandro Krättli, ich lebe in Untervaz und kandidiere für den Grossen Rat Graubünden. Ich bin kein Berufspolitiker. Ich bin Unternehmer – seit Jahren baue ich mit meiner Firma Bergler Energie AG PV-Anlagen, Batteriespeicher und Ladeinfrastruktur. Strom ist mein Alltag. Nicht als Theorie, sondern auf dem Dach, im Keller, auf der Baustelle.

Warum kandidiere ich?

Weil ich jeden Tag sehe, wie wenig die Menschen über etwas wissen, das ihr Leben täglich beeinflusst. Die Stromrechnung kommt, man zahlt – und fragt sich: Warum so viel? Warum schon wieder mehr? Was zahle ich da eigentlich?

Die wenigsten wissen, dass der Strom selbst – also das Produkt, das in der Steckdose ankommt – oft der kleinste Teil der Rechnung ist. Der grösste Teil sind Netzkosten, Abgaben, Zuschläge. Dinge, die kaum jemand erklären kann. Und die kaum jemand erklärt.

Komplexität schützt vor Fragen

Das ist kein Zufall. Wer nicht versteht, was er zahlt, kann nicht hinterfragen. Wer nicht hinterfragen kann, hat keine Macht. Ich will das ändern.

Bündner Wertschöpfung fliesst ab

Graubünden ist kein Konsumkanton. Wir produzieren Strom – aus Wasser, aus Sonne, aus Wind. Und trotzdem zahlen viele Bündnerinnen und Bündner gleich viel für Strom wie Leute im Unterland, die einfach konsumieren. Die Wertschöpfung fliesst ab. Die Turbinen drehen bei uns – aber kassiert wird anderswo. Das ist keine Verschwörungstheorie. Das ist Realität. Und es ist politisch veränderbar.

Der Wasserzins – und was dann?

Beim Wasser haben wir einen Mechanismus: den Wasserzins. Wer Bündner Wasser nutzt, zahlt dafür – allein der Kanton Graubünden rechnet in einem durchschnittlichen Produktionsjahr mit rund 60 Millionen Franken aus der Wasserwerksteuer. Ein gerechter Ausgleich für die Nutzung unserer natürlichen Ressourcen. Doch dieser Mechanismus läuft Ende 2030 aus. Die Wasserzinsverträge müssen

neu verhandelt werden – in einem Umfeld, das sich grundlegend verändert hat.

Und für Sonnen- und Windenergie? Fehlanzeige. Wer heute eine PV-Anlage auf Bündner Boden betreibt oder den Wind in unseren Tälern nutzt, zahlt keinen Rappen zusätzlich für die Nutzung unserer Ressourcen und unserer Infrastruktur. Das muss sich ändern.

Meine Forderung

Für jede Kilowattstunde, die den Kanton Graubünden verlässt – ob aus Wasser, Sonne oder Wind – soll ein fairer Anteil in die Gemeinden und den Kanton fließen. Das Wasserzins-Prinzip auf alle Energieformen ausgedehnt.

Alleine können wir das nicht durchsetzen. Aber gemeinsam mit den anderen Bergkantonen – Wallis, Uri, Glarus, Berner Oberland – haben wir eine starke Stimme in Bern. Sie alle kennen dasselbe Problem.

Die neue Gefahr: das EU-Stromabkommen

Doch hier droht eine neue Gefahr: Das geplante EU-Stromabkommen könnte genau solche kantonalen Abgaben als Handelshemmnis anfechten. Was wir uns erarbeitet haben, steht plötzlich zur Diskussion. Da besteht konkreter politischer Handlungsbedarf.

Grundversorgung gehört in die Gemeinden

Nicht in weit entfernte Konzernzentralen, nicht in Bundesbern, nicht in Brüssel. Die Gemeinde kennt ihre Leute. Sie weiss, was ein Haushalt braucht, was ein Gewerbler zahlen kann, was eine Alp kostet. Entscheidungen über Strom müssen nah bei den Menschen getroffen werden – so wie wir es vom Wasser kennen, von der Strasse, von der Schule.

Ich kandidiere, weil ich glaube: Wer Strom versteht, versteht seine Region. Wer seine Region versteht, kann sie mitgestalten. Und wer mitgestaltet, muss nicht einfach zahlen – der kann auch fordern.

Sandro Krättli

Grossratskandidat, Liste 4, SVP Graubünden, Untervaz

Im nächsten Kapitel geht es um genau das, was viele täglich in den Händen halten und trotzdem kaum verstehen: die Stromrechnung. Was bezahlen wir eigentlich – und warum ist der Strom selbst oft der kleinste Teil davon? Die Aufschlüsselung kommt auf der nächsten Seite.

Preise erklären statt ertragen

Schauen Sie sich Ihre letzte Stromrechnung an. Irgendwo steht ein Betrag. Vielleicht haben Sie gezahlt, ohne gross nachzudenken. Vielleicht haben Sie sich geärgert. Aber haben Sie verstanden, wofür Sie bezahlt haben?

Die wenigsten wissen es. Und das ist kein Zufall.

Vier Teile – einer davon ist der Strom

Eine Schweizer Stromrechnung setzt sich aus vier Teilen zusammen: Energie, Netz, Abgaben – und neu ab 2026 auch noch ein Messtarif. Der Energieteil – also der Strom selbst, der in Ihrer Steckdose ankommt – ist oft der kleinste Posten. Was den Preis treibt, sind Netzkosten, Systemdienstleistungen, Zuschläge für Reservekraftwerke, Abgaben an Kantone und Gemeinden. Diese können je nach Wohnort zwischen null und 7.5 Rappen pro Kilowattstunde variieren. Für denselben Strom.

1'250 Franken – wofür eigentlich?

Ein typischer Schweizer Haushalt zahlt 2026 rund 27.7 Rappen pro Kilowattstunde – das sind knapp 1'250 Franken pro Jahr. Klingt überschaubar. Aber schaut man genauer hin, entfällt davon weniger als die Hälfte auf das eigentliche Produkt. Den Rest zahlen Sie für Transport, Verwaltung, politische Entscheide.

Das ist nicht per se falsch. Netze kosten Geld. Versorgungssicherheit kostet Geld. Aber wenn der Bürger nicht versteht, wofür er zahlt, kann er nicht mitentscheiden. Und wenn er nicht mitentscheiden kann, entscheiden andere für ihn.

Beim Wasser weiss es jede Gemeinde

Genau hier liegt das Problem. Strom ist Grundversorgung – wie Wasser, wie Strassen. Beim Wasser weiss jede Gemeinde, was der Kubikmeter kostet und warum. Beim Strom versteckt sich die Realität hinter Tarifsystemen, die selbst Fachleute kaum auf Anhieb durchschauen.

Erklären statt dozieren

Ich arbeite täglich mit Strom – als Unternehmer, der PV-Anlagen, Batteriespeicher und Ladeinfrastruktur baut. Ich sehe, wie Haushalte, Gewerbler und Landwirte verwirrt sind. Nicht weil sie sich nicht interessieren – sondern weil niemand es ihnen erklärt.

Das will ich ändern. Grundversorgung muss verständlich sein. Wer seine Stromrechnung versteht, versteht auch, warum lokale Entscheidungen wichtig sind. Warum die Gemeinde eine Rolle spielen muss. Warum Bündner Energie in Bündner Hand gehört.

Sandro Krättli

Grossratskandidat, Liste 4, SVP Graubünden, Intervaz

Im nächsten Kapitel geht es um eine Frage, deren Antwort viele überrascht: Wer ist in der Schweiz eigentlich für Ihren Strom verantwortlich? Bund, Kanton oder Gemeinde? Und warum das auch für uns in Graubünden politisch entscheidend ist.



«Wer seine Stromrechnung versteht, versteht auch seine Region.»

Verantwortung braucht Verständnis

«Verantwortung ohne Macht ist keine Hoheit.»

Wer ist zuständig für Ihr Trinkwasser? Die Gemeinde. Wer für die Strasse vor Ihrem Haus? Die Gemeinde. Und wer für Ihren Strom?

Die meisten zucken die Schultern. Und das sagt alles.

Klare Zuständigkeiten – ausser beim Strom

Strom ist Grundversorgung – genau wie Wasser, genau wie Strassen. Aber während bei Wasser und Strassen klare Verantwortlichkeiten bestehen, die jeder versteht und kontrollieren kann, ist beim Strom eine Struktur entstanden, die kaum jemand durchschaut. Lokale Netzbetreiber, kantonale Werke, nationale Konzerne, Bundesbehörden – alle spielen eine Rolle. Keiner trägt die Gesamtverantwortung. Und der Bürger steht am Ende mit einer Rechnung, die er nicht versteht, bei einer Zuständigkeit, die er nicht kennt.

0.54 Prozent Mitsprache

Schauen wir uns die Realität an. Das nationale Übertragungsnetz gehört Swissgrid – einer Aktiengesellschaft im Besitz der grossen Stromkonzerne und Kantone.

Der Kanton Graubünden als Wasserschlosskanton hält 0.54 Prozent. Die Stadt Zürich als grösster Konsument hält 9.7 Prozent. Das ist die Mitsprache, die wir haben.

Wind, Wasser, PV kommt von uns. Die Entscheidungen werden anderswo getroffen. Und die Dividenden – Swissgrid schüttete in den Jahren 2020 bis 2024 rund 221 Millionen Franken aus – fliessen dorthin, wo die Anteile gross sind.

Effizienz vor Bürgernähe

Das ist kein Zufall. Es ist das Ergebnis einer Entwicklung, bei der Effizienz und Zentralisierung über Bürgernähe und Kontrolle gestellt wurden. Das mag betriebswirtschaftlich Sinn machen. Politisch ist es ein Problem.

Die Gemeinde als Gewährleisterin

Was wäre die Alternative? Nicht Chaos, sondern Klarheit. Die Gemeinde als Gewährleisterin – nicht zwingend als Betreiberin, aber als politisch verantwortliche Instanz. Die Gemeinde kennt ihre Leute, ihre Industrie, ihre Alpen. Sie kann Fragen stellen, Entscheide hinterfragen, Verträge kontrollieren. Genau das tut sie beim Wasser. Genau das sollte sie beim Strom auch tun.

Lokale Entscheide brauchen keine fernen Konzernzentralen. Sie brauchen Gemeinden, die wissen, wofür sie verantwortlich sind – und die den Mut haben, diese Verantwortung auch einzufordern.

Formell verantwortlich, operativ machtlos

Was haben die Gemeinden heute wirklich? Auf dem Papier die Grundversorgungspflicht – die Pflicht, ihre Bürger mit Strom zu versorgen. Aber die operative Kontrolle haben sie längst abgegeben. Das Verteilnetz gehört konzessionierten Netzbetreibern. Das Übertragungsnetz gehört Swissgrid. Die Durchleitungspflicht gilt – eine Gemeinde kann den Strom, der bei ihr produziert wird, nicht einfach für sich behalten.

Formell verantwortlich. Operativ machtlos. Verantwortung ohne Macht ist keine Hoheit.

Das ist kein linkes oder rechtes Thema. Das ist ein Schweizer Thema.

Sandro Krättli

Grossratskandidat, Liste 4, SVP Graubünden, Untervaz

Im nächsten Kapitel geht es um etwas, das viele nicht auf dem Schirm haben, obwohl es uns jährlich Millionen kostet: die Ausgleichsenergie. Warum prognostizieren so wichtig ist – und was Batteriespeicher damit zu tun haben.

Flexibilität zahlt sich aus

Stellen Sie sich vor, Sie führen eine Gemeinschaftsverpflegung. Sie müssen heute entscheiden, wie viele Mittagessen Sie für die nächsten drei Jahre täglich reservieren. Nicht für morgen – für 1'000 Tage im Voraus.

Kommen mehr Gäste als geplant, müssen Sie kurzfristig zukaufen – zum Tagespreis, der dann gilt. Oft teuer. Haben Sie zu viel bestellt, bleibt das Essen stehen. Bezahlt haben Sie trotzdem. Pech gehabt.

Genau so funktioniert die Strombeschaffung einer Gemeinde.

Jede Veränderung verschiebt das Gleichgewicht

Und das Problem wird grösser, nicht kleiner. Niemand kann heute sagen, wie sich der Verbrauch entwickelt. Wie viele Haushalte installieren nächstes Jahr PV – abhängig von Förderung, Zinsen, Lieferzeiten. Wie viele steigen auf E-Auto um. Wie viele E-LKW kommen ins Dorf. Wie viele Wärmepumpen werden eingebaut. Jede Veränderung verschiebt das Gleichgewicht. Jede Abweichung kostet.

«Wir haben langfristige Verträge» – reicht das?

Viele Gemeinden sagen: «Uns betrifft das nicht, wir haben langfristige Verträge.» Das stimmt – kurzfristig. Langfristige Verträge sind wie eine Wasserquelle: Sie liefern das ganze Jahr gleichmässig, Sommer wie Winter, immer etwa gleich viel. Verlässlich. Sicher. Aber die Quelle kennt keinen Unterschied

zwischen August und Januar. Im Sommer braucht die Gemeinde weniger – der überschüssige Strom muss billig verkauft werden. Im Winter braucht sie mehr – der fehlende Strom muss teuer zugekauft werden. Der Durchschnitt stimmt vielleicht auf dem Papier. In der Realität zahlt man drauf.

Der Speicher als Wasserreservoir

Was hilft? Nicht mehr Planung. Sondern mehr Flexibilität.

Ein Batteriespeicher funktioniert wie ein Wasserreservoir. Wenn die Quelle mehr liefert als gebraucht, füllt sich der Tank. Wenn sie zu wenig liefert, fliesst das Wasser trotzdem. Sommer wie Winter, ohne teuren Zukauf, ohne verschleuderten Überschuss. Der Speicher puffert die Ungewissheit – lokal, zuverlässig, günstig.

Neue Spielregeln seit 2026

Die Spielregeln haben sich 2026 grundlegend geändert. Seit Januar gilt der neue Ein-Preis-Mechanismus von Swissgrid: Wer das Stromnetz destabilisiert – egal ob mit zu viel oder zu wenig – zahlt. Wer flexibel reagiert und das Netz stützt, wird belohnt. Wer keine Flexibilität hat, landet automatisch auf der bestrafenden Seite.

Dazu kommt: Seit 1. Januar 2026 richtet sich die Vergütung für eingespeisten Solarstrom grundsätzlich nach dem vierteljährlich gemittelten Referenzmarktpreis. Grundlage dieses Preises sind die Spotmarktpreise – und diese sind mittags, wenn alle



«Nicht mehr Planung hilft – sondern mehr Flexibilität.»

PV-Anlagen gleichzeitig einspeisen, tief, manchmal nahe null. Wer keinen Speicher hat, schenkt seinen Strom dem Markt. Wer einen hat, kann ihn in der günstigen Stunde speichern und in der teuren nutzen oder verkaufen.

Wer zahlt – und wer wird geschützt?

Seit 2026 erhalten kleine PV-Anlagen eine Mindestvergütung von 6 Rappen pro Kilowattstunde. Das ist richtig. Wer investiert, wer eine Anlage aufs Dach stellt, wer eine lokale Elektrizitätsgemeinschaft aufbaut, braucht Planungssicherheit. Nur so entstehen Investitionen – und nur so kommen wir bei der Energiewende voran.

Die Lücke liegt woanders. Die Gemeinde als Endversorgerin ist nicht geschützt. Sie muss dem Produzenten die 6 Rappen zahlen – und den überschüssigen Strom selbst ins Netz stellen. Ist der Marktpreis in dieser Stunde negativ, muss sie sogar dafür zahlen,

dass ihr jemand den Strom abnimmt. Ein doppeltes Minus.

Die Rechnung landet bei allen

Und jetzt kommt der entscheidende Punkt: Diese Verluste landen nicht bei einzelnen Verursachern. Sie landen in den Grundversorgungstarifen – und damit bei allen Haushalten. Auch bei jenen ohne PV-Anlage, ohne Elektroauto, ohne Speicher. Wer einfach wohnt und seinen Strom bezieht, zahlt mit.

Das liegt nicht an den Produzenten – die machen das Richtige. Es liegt am System: Die Gemeinde hat die Verantwortung, aber keine Werkzeuge, um sich zu schützen. Genau das muss sich ändern.

Der Speicher als Werkzeug der Gemeinde

Ein Gemeindespeicher ist genau das richtige Werkzeug. Statt überschüssigen Strom zum schlechtesten Preis abzugeben, lädt die Gemeinde ihren Speicher – und verwertet den Strom später, wenn

er wieder wertvoll ist. Der Speicher schützt die Gemeinde vor den Launen des Marktes. Und damit auch ihre Haushalte.

Aber dafür braucht die Gemeinde Handlungsspielraum. Sie muss planen können, investieren können, eigene Entscheide treffen können. Grundversorgung gehört in die Gemeinden – nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Realität.

Die Rechnung kommt. Die Frage ist nur, wer sie zahlt – und ob man rechtzeitig vorgesorgt hat.

Sandro Krättli

Grossratskandidat, Liste 4, SVP Graubünden, Untervaz

Im nächsten Kapitel geht es um die Frage, die sich daraus ergibt: Wasserreservoir haben die Bergregionen gross und stark gemacht. Könnte ein Stromspeicher dasselbe tun – als Puffer, als Schutz, als lokale Unabhängigkeit?

Speichern wie Wasser

Im letzten Kapitel habe ich gefragt: Könnte ein Stromspeicher dasselbe tun wie ein Wasserreservoir – als Puffer, als Schutz, als lokale Unabhängigkeit? Die Antwort ist: Ja. Aber nur, wenn wir es gemeinsam angehen.

Was wir vom Wasser gelernt haben

Ein Wasserreservoir baut niemand alleine. Die Gemeinde organisiert, wer Fläche hat, stellt Fläche zur Verfügung, wer investiert, wer nutzt zahlt fair – alle ziehen am gleichen Strang, alle profitieren. So hat Graubünden seine Wasserversorgung aufgebaut – dezentral, zuverlässig, generationenübergreifend. Genau dieses Denken brauchen wir jetzt beim Strom.

Ein Dorf, viele Profile

Stellen Sie sich ein Dorf vor. Der Landwirt hat eine grosse PV-Anlage auf dem Stalldach. Mittags produziert er mehr, als er braucht. Der Gewerbebetrieb nebenan hat Ladestationen für seine Fahrzeuge – morgens und abends ist der Verbrauch hoch, mittags weniger. Die Gemeinde betreibt das Schulhaus, die Turnhalle, den Werkhof. Alle haben unterschiedliche Verbrauchsprofile. Alle haben unterschiedliche Produktionszeiten.

Heute laufen diese Anlagen nebeneinander. Jeder optimiert für sich. Der überschüssige Strom vom Landwirt fliesst ins Netz – oft zu schlechten Preisen. Der Gewerbebetrieb kauft morgens teuer zu. Die Gemeinde zahlt Ausgleichsenergie.

Was, wenn alle zusammenarbeiten?

Ein gemeinsamer Batteriespeicher – geplant von der Gemeinde, genutzt von allen – puffert die Überschüsse des Landwirts, versorgt den Gewerbebetrieb in der Spitzenstunde, entlastet das Netz. Weniger Ausgleichsenergie. Weniger Netzausbau. Weniger Kosten für alle.

Das ist keine Utopie. Das baue ich heute. In Graubünden, mit Landwirten, Gewerbetreibenden und



Hochleistungsbatteriespeicher in Maienfeld.

«Ein Wasserreservoir gehört der Gemeinschaft. Ein Stromspeicher kann das auch.»

Gemeinden. Die Technologie ist da. Die Wirtschaftlichkeit stimmt. Was fehlt, sind manchmal die Rah-

menbedingungen – regulatorisch ist vieles noch komplizierter, als es sein müsste. Wer darf mit wem Strom teilen? Wer rechnet ab? Wer haftet?

Die Politik ist gefragt

Nicht mit neuen Subventionen – sondern mit einfacheren Regeln. Wer lokal produziert, lokal speichert und lokal verbraucht, soll das ohne bürokratische Hürden tun können. Lokale Energie bedeutet: weniger Verluste, weniger Kosten, mehr Unabhängigkeit.

Graubünden hat die Voraussetzungen wie kaum ein anderer Kanton. Wasser, Sonne, Gewerbe, Landwirtschaft – alles da. Was fehlt, ist der politische Wille, diese Stärken zu verbinden statt sie einzeln zu verwalten.

Auch für Mieter und Pächter

Und hier ein Punkt, der oft vergessen wird: Bei einem Gemeinde-Batteriespeicher profitieren nicht nur Hauseigentümer und Anlagenbesitzer. Wer mietet, hat heute kaum Zugang zu lokalem Solarstrom – er zahlt für Netzstrom, auch wenn auf dem Dach über ihm PV-Module drehen. Eine Gemeindegeldlösung ändert das grundlegend. Der Mieter im Mehrfamilienhaus, der Pächter auf der Alp, der Gewerbetreibende im Industriequartier – alle können Teil der Lösung sein und von günstigeren Preisen profitieren. Das ist echter sozialer Ausgleich durch lokale Energie.

Gemeinsam gedacht, gemeinsam gebaut

Ein Wasserreservoir gehört der Gemeinschaft. Ein Stromspeicher kann das auch. Gemeinsam geplant, gemeinsam genutzt, gemeinsam profitiert. Das stärkt das Tal. Das stärkt die Gemeinde. Das stärkt den Schweizer Weg.

Sandro Krättli

Grossratskandidat, Liste 4, SVP Graubünden, Untervaz

Im nächsten Kapitel wechseln wir den Blickwinkel – vom Speicher zum Produzenten. Warum ein Landwirt heute mehr ist als Milch- und Fleischproduzent, warum aus Höfen Energiehöfe werden und wie lokale Veredelung zum Vorbild für die Stromwirtschaft werden kann.

Landwirt und Energiewirt

Ein Bauer auf der Alp weiss: Wer die Milch ins Unterland schickt, bekommt den Milchpreis. Wer sie oben zu Käse verarbeitet, bekommt ein Vielfaches. Die Wertschöpfung entsteht dort, wo das Produkt veredelt wird – nicht dort, wo der Rohstoff herkommt.

Beim Strom ist es genauso. Nur dass wir es noch nicht begriffen haben.

Kurzer Weg, gleicher Preis

Im Winter liegt das Unterland wochenlang im Nebel. PV-Anlagen produzieren einen Bruchteil ihrer Leistung. Dreihundert Meter höher scheint die Sonne – volle Leistung, kaum Verbrauch. Der Überschuss fliesst direkt zum Nachbarn – das ist physische Realität. Aber auf der Rechnung zahlt er gleich viel Transportgebühren wie für Strom, der ins Unterland geliefert wird. Soll der kurze Weg gleich viel kosten wie der lange? Heute ist das so.

Die Lösung gibt es schon

Dabei wäre die Lösung vorhanden. Sie heisst ZEV, vZEV oder LEG – Zusammenschluss zum Eigenverbrauch, virtueller Zusammenschluss, oder lokale Elektrizitätsgemeinschaft. Seit Januar 2026 können sich Produzenten, Speicherbetreiber und Verbraucher innerhalb einer Gemeinde zusammenschliessen und lokal produzierten Strom gemeinsam nutzen – mit reduziertem Netznutzungsentgelt.

Klingt gut. Ist es auch. Aber in der Praxis scheitert es oft. Wer mitmachen will, braucht Smart Meter, Abrechnungssysteme, Verträge, Koordination mit dem Netzbetreiber. Die Messgebühren allein machen viele Projekte unwirtschaftlich. Kleine Gemeinden, Landwirte, Gewerbetriebe – sie wollen. Aber das System macht es ihnen schwer.

Wertschöpfung im Tal behalten

Das muss sich ändern. Eine Gemeinde hat Dächer – Schulhaus, Turnhalle, Werkhof, Feuerwehr. Sie

«Wir produzieren.
Sie verwalten.»



Graubünden bietet beste Voraussetzungen für PV-Anlagen.



hat Gewerbebetriebe, Landwirte, Haushalte. Alle produzieren, alle verbrauchen – zu unterschiedlichen Zeiten, in unterschiedlichen Mengen. Wer zusammen plant, wer zusammen speichert, wer zusammen abrechnet – braucht weniger von aussen, zahlt weniger für Ausgleich, behält mehr im Tal. Das schafft Einkommen für Bündner Gemeinden. Das stärkt lokale Strukturen. Das hält Wertschöpfung dort, wo die Energie entsteht. Das ist Bergler-Mentalität: aus dem, was wir haben, machen wir das Beste.

Wir produzieren – sie verwalten

Wie in einem früheren Kapitel gezeigt: Graubünden hält 0.54 Prozent an Swissgrid – die Stadt Zürich 9.7 Prozent. Wir produzieren. Sie verwalten.

Die Kernkraftwerke werden abgeschaltet. Der Ersatz soll in unseren Bergen stehen – Windräder,

Alpine PV, Wasserkraft. Wir sollen die Eingriffe in unsere Landschaft tragen, damit die Schweiz ihren Strom bekommt. Aber die Profite fließen ins Unterland. Der Bündner Gewerbebetrieb zahlt gleich viel für Strom wie die Fabrik im Unterland – obwohl der Strom bei uns entsteht. Das ist nicht fair. Das ist nicht schweizerisch. Und das werden wir ändern.

Sandro Krättli

Grossratskandidat, Liste 4, SVP Graubünden, Interview

Im nächsten Kapitel geht es um eine Analogie, die uns zeigen kann, wie es anders geht: Swisscom hat vor zwanzig Jahren vorgemacht, wie man ein starres Tarifsystem mit teuren Transportgebühren ablösen kann. Warum das Stromnetz heute am gleichen Punkt steht – und was ein Herkunftsbonus ändern würde.

Das Swisscom-Prinzip

Ich bin Unternehmer. Wenn ich ein Problem sehe, suche ich einen Lösungsansatz – nicht jemanden, dem ich die Schuld geben kann. Und beim Strom sehe ich ein Problem. Aber ich sehe auch einen Lösungsansatz.

Von der SMS zur Flatrate

Erinnern Sie sich an Swisscom? Früher verlangte sie für jede SMS, jede Minute, jede Einheit eine Gebühr. Dann kamen WhatsApp, E-Mail, BlackBerry und andere – und machten dasselbe gratis. Swisscom musste sich neu erfinden. Flatrate statt Einzelabrechnung. Das System änderte sich – nicht das Produkt.

Beim Strom sind wir noch im SMS-Zeitalter. Wir zahlen pro Kilowattstunde. Aber die Technologie ist längst weiter. PV reagiert in Millisekunden – ein, aus, steuerbar, flexibel. Batterien genauso.

Wasserkraft ist langsamer, Wind auch. Atom und Gas brauchen Stunden. Die erneuerbaren Energien – PV und Batterie – sind technisch die flexibelsten Ressourcen, die wir haben. Sie könnten ein völlig neues System tragen.

Ein neuer Denkansatz

Vielleicht braucht es auch ein neues Vergütungsmodell: nicht jede einzelne Kilowattstunde abrechnen, sondern pauschal – wie beim Internet, wo man für die gebuchte Leistung zahlt, nicht für jedes einzelne Megabyte. PV-Anlagen nach Kilowatt-Peak vergüten, nicht nach eingespeicherter Kilowattstunde? Das wäre ein Denkansatz, der diskutiert werden sollte.

Der Blick nach China

Schauen wir nach China. 2024 hat China 277 Gigawatt Solar und 79 Gigawatt Wind neu installiert – sein 2030-Ziel sechs Jahre früher erreicht.

China treibt auch Speicher und netzdienliche Elektromobilität mit hohem Tempo voran. Das ist kein Zukunftstraum. Das ist Industriepolitik.

Bei uns geht das nicht in derselben Geschwindigkeit – und das ist gut so. Unsere Demokratie lebt davon, dass jeder mitreden kann, dass Gemeinden, Kantone und Bund ihre Rolle spielen, dass Betroffene angehört werden. Das braucht Zeit. Aber diese Zeit schützt uns auch vor Fehlentscheidungen, die nachher niemand mehr zurücknehmen kann.

Was wir von China übernehmen können, ist die Konsequenz im Denken: Wer die Energiewende will, muss die Rahmenbedingungen schaffen. Wer sie nicht will, soll das offen sagen – und nicht die Entscheide einfach auf die nächsten Generationen verschieben.



«Beim Strom sind wir noch im SMS-Zeitalter.»

Verlagerungspolitik statt Lösungen

Wer im Mittelland wirksame Lösungen vor der eigenen Haustüre blockiert und dann den Druck in die Berge verschiebt, betreibt keine Umweltpolitik. Er betreibt bequeme Verlagerungspolitik.

Die ETH Zürich hat berechnet: Eine Windanlage im Mittelland produziert über 50 % so viel Strom wie eine kleine Anlage in den Alpen – zu niedrigeren Kosten und mit weniger Eingriffen in unberührte

Berglandschaft. Wir sind nicht gegen Energie. Wir sind gegen sinnlose Eingriffe in unsere Berglandschaft, wenn bessere Lösungen anderswo bewusst verhindert werden.

Wo die Energie hingehört

PV gehört auf Dächer und Fassaden – nicht auf unberührte Alpwiesen. Batterien gehören in Keller und Gewerberäume. Windräder gehören ins Mittelland, wo sie ein Mehrfaches produzieren.

Alpine PV-Grossanlagen kosten laut SRF-Recherchen 2 bis 4 Millionen Franken pro Megawatt. Eine vergleichbare Anlage im Mittelland kostet weniger als eine Million – also drei- bis viermal günstiger. Und sie braucht keinen teuren Netzausbau, weil der Strom dort verbraucht wird, wo er entsteht.

Graubünden hat alles, was es braucht

PV auf jedem Dach, Batterien in jedem Keller, Wasserkraft in jedem Tal. Was fehlt, ist nicht die Technologie. Was fehlt, ist der politische Rahmen, der lokale Lösungen ermöglicht statt verhindert.

Eine Gemeinde, die lokal produziert, lokal speichert, lokal steuert und lokal abrechnet – das ist die Antwort. Nicht Brüssel. Nicht ein Grosskonzern. Die Gemeinde. Überschaubar. Demokratisch. Effizient.

China macht es gross. Graubünden kann es klein machen – und dafür umso präziser. **Bündner Energie gehört in Bündner Hand.**

Sandro Krättli

Grossratskandidat, Liste 4, SVP Graubünden, Interview

Im nächsten Kapitel geht es um die andere Seite der Medaille: Die Türe ist offen – Elektrizitätsgemeinschaften sind seit 2026 erlaubt. Aber wer sie durchschreitet, stösst gleich an die nächste Wand. Warum gute Gesetze allein nicht reichen, wenn die Bürokratie sie ausbremst.

Die offene Türe – und die Wand dahinter

In der Schweiz gibt es eine bewährte Methode, um ein Problem zu lösen, ohne es zu lösen: Man baut eine Türe.

Die Türe steht offen. Jeder kann eintreten. Das Gesetz sagt es ausdrücklich. Der Politiker erklärt es am Podium. Der Journalist schreibt darüber. Und dann – hinter der Türe – steht eine Wand.

Die Wand hat viele Namen

Die Wand heisst

Messgebühr. Oder Koordinationspflicht. Oder Abrechnungssystem. Oder Bewilligung. Oder Fachperson. Oder Zertifizierung. Die Wand hat viele Namen. Aber sie hat immer dieselbe Wirkung: Man kommt nicht durch.

Aus der Praxis

Ich erlebe das täglich. Ein Landwirt in Graubünden will seinen PV-Strom mit dem Nachbarn teilen – legal, sinnvoll, technisch einfach. Seit Januar 2026 ist das als lokale Elektrizitätsgemeinschaft möglich. Dann beginnt die Realität: Smart Meter, Abrechnungsvertrag, Koordination mit dem Netzbetreiber, Messkonzept, Datenschutz. Wer das alleine stemmen will, braucht einen Anwalt, einen Energieberater und viel Zeit. Messgebühren, externe Berater, Abrechnungssysteme, rechtliche Prüfungen – zusammen fressen diese Kosten die Ersparnis auf. Was als lokale Lösung begann, endet als unrentables Projekt.

Wer profitiert von der Kompliziertheit?

Das ist kein Zufall. Hinter jeder komplizierten Re-



«Die Lösung existiert auf dem Papier. Der Bürger schaut zu.»

gelung stehen Leute, die von der Kompliziertheit profitieren. Der Netzbetreiber, der weiter abrechnet. Der Hersteller, der den teuren Zähler liefert. Der Berater, der gebraucht wird. Das nennt man Interessenkonflikt. Das Parlament beschliesst. Die Lobby schreibt die Verordnung. Und die Verordnung schreibt die Wand.

Das Ergebnis ist immer dasselbe: Die Lösung existiert auf dem Papier. Der Bürger schaut zu. Und der Politiker kann sagen: «Es gibt doch Lösungen, schaut ins Gesetz.»

Bündner Gemeinden, Landwirte und Gewerbetreibende wollen anpacken. Die Bereitschaft ist da. Die Technologie ist da. Die Wirtschaftlichkeit stimmt – wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Aber sie stimmen nicht.

Der versteckte Preis der verweigten Lösung

Was die wenigsten in die Rechnung einbeziehen: Wer Windräder im Unterland verweigert, bezahlt trotzdem – auf mehreren Ebenen. Der Strom muss dann aus den Bergen kommen, durch lange Über-

tragungsleitungen. Jeder Kilometer Netzausbau wird über die Netzgebühren auf alle Konsumenten überwälzt. Und Swissgrid profitiert doppelt: mehr investiertes Kapital bedeutet nach dem Cost-Plus-Modell eine höhere erlaubte Rendite für die Aktionäre. 2024 wurden 51.9 Millionen Franken Dividende ausgeschüttet – finanziert von jedem Haushalt über die Stromrechnung.

Dazu kommen alpine PV-Anlagen: Sie kosten 2 bis 4 Millionen Franken pro Megawatt, während eine Anlage im Mittelland weniger als eine Million kostet. Dreimal teurer – plus Netzausbau für den Abtransport. Das Nicht-in-meinem-Garten-Prinzip hat einen sehr konkreten Preis. Und der zahlt sich auf der Stromrechnung aller aus – in Graubünden wie im Unterland.

Türe öffnen reicht nicht

Wer wirklich will, dass Bündner Energie in Bündner Hand bleibt, muss nicht nur die Türe öffnen. Er muss auch die Wand dahinter einreissen. Das ist mein Auftrag im Grossen Rat.

Denn echte lokale Energie bedeutet nicht nur, Strom zu produzieren. Es bedeutet, Strom auch lokal zu nutzen, lokal abzurechnen und lokal davon profitieren zu können. Ohne Juristen. Ohne Berater. Ohne Wand.

Sandro Krättli

Grossratskandidat, Liste 4, SVP Graubünden, Interview

Im nächsten Kapitel kommen wir zum grössten und umstrittensten Punkt: das EU-Stromabkommen. Was bedeutet es für Graubünden, für den Wasserzins, für die Souveränität unserer Gemeinden? Klartext statt Vertragssprache – warum jetzt entschieden werden muss.

Klartext statt Vertragssprache

In den letzten Kapiteln habe ich erklärt, wie Strom funktioniert – von der Rechnung bis zur Frage, wer wofür verantwortlich ist. Heute das politisch heisseste Thema: das Stromabkommen zwischen der Schweiz und der EU.

Die Autobahn durch die Alpen

Das Schweizer Stromnetz ist wie ein Strassennetz. Die Quartierstrasse versorgt das Haus, die Gemeindestrasse das Dorf, die Kantonsstrasse die Region. Für die eigene Versorgung würde die Kantonsstrasse reichen. Aber wir haben auch eine Autobahn gebaut – Höchstspannung, quer durch die Alpen. Nicht nur Nord nach Süd, von Frankreich nach Italien. Auch West nach Ost, von Frankreich nach Österreich. Offizielle Berichte halten fest, dass bis zu 30 Prozent der zwischen Deutschland und Frankreich gehandelten Strommengen physikalisch über die Schweiz fließen können – ungefragt, unangemeldet, gratis.

Wir bauen die Autobahn. Wir unterhalten sie. Wir bezahlen auch noch die Verkehrspolizei – sprich die Regulierung, die Eingriffe, die Stabilitätsmassnahmen, wenn der Transitstrom unser Netz überlastet. Das alles zahlen wir. Die anderen fahren durch und bestimmen die Regeln. Dabei würden für die Schweizer Eigenversorgung die Kantonsstrassen genügen – die Autobahn ist hauptsächlich für den Transit gebaut.

Und jetzt sollen wir einem Abkommen zustimmen, das uns noch tiefer in dieses System zieht?

Wo wir heute stehen

Am 2. März 2026 haben der Schweizer Bundespräsident und die Präsidentin der Europäischen Kommission das Paket Schweiz-EU unterzeichnet – inklusive Stromabkommen. Am 13. März 2026 hat der Bundesrat die Botschaft ans Parlament überwiesen. Das Paket wird derzeit im Parlament beraten; über ein allfälliges Referendum würde die Bevölkerung später abstimmen. Realistisch sind Entscheide in den Jahren 2027 oder 2028.

Die Zeit, Position zu beziehen, ist jetzt.

Was wir haben, was wir brauchen

Das Abkommen bringt Versorgungssicherheit und rechtlich abgesicherte Winterimporte – das sind echte Argumente. Ich anerkenne sie. Aber schaut, was es kostet. Und fragt zuerst: Wie gross ist die Lücke, die das Abkommen schliesst?

Die Antwort ist: kleiner, als oft dargestellt. Im Winterhalbjahr 2024/25 produzierten Schweizer Wasserkraft, Kernkraft und neue erneuerbare Energien zusammen so viel, dass nur noch 0.7 Terawattstunden importiert werden mussten. Das entspricht etwa 2 Prozent des Winterbedarfs. Der Zehnjahres-Durchschnitt liegt bei 3.8 TWh – rund 12 Prozent. Die Schweiz deckt heute also zwischen 88 und 98 Prozent ihres Winterstroms aus eigener Produktion. Hinzu kommt: Seit 2022 hat der Bund eine Winter-

reserve eingerichtet. Speicherkraftwerke werden entschädigt, um Wasser zurückzuhalten. Für den Winter 2022/23 kostete das 281 Millionen Franken – bezahlt von allen Konsumenten über die Stromrechnung. Die Versorgungssicherheit ist kein Geschenk der EU. Wir finanzieren sie bereits heute selbst.

Die Frage ist nicht: Brauchen wir Versorgungssicherheit? Ja. Die Frage ist: Zu welchem Preis? Und in welcher Abhängigkeit?

Dynamische Rechtsübernahme – meine Sorge

Offiziell gilt: Neue EU-Regelungen werden nicht automatisch übernommen, sondern durchlaufen das Schweizer Genehmigungsverfahren, gegebenenfalls mit Referendum. Meine Sorge: In der Praxis wird der politische Druck gross sein, die EU-Vorgaben auch zu übernehmen – sonst droht

Das Risiko ist real, und es darf nicht ohne offene Debatte eingegangen werden.

Das Norwegen-Beispiel

Norwegen produziert 90 Prozent seines Stroms aus Wasserkraft – günstig, sauber, lokal. Trotzdem explodierten die Preise für die eigene Bevölkerung. Weil der Marktpreis gilt, nicht der Produktionspreis. «Über diese Kabel exportieren wir unseren Strom nach Europa – und importieren die hohen Preise», klagte ein norwegischer Stromaktivist. Die Bevölkerung wollte die Kabel kappen. Das ist der Weg, auf den wir zusteuern könnten – wenn wir nicht aufpassen.

Wilhelm Tell und die neuen Vögte

Wilhelm Tell hat die Vögte verjagt – die fremden Herren, die das Land beherrschten, ohne dafür zu zahlen, die Früchte einstrichen, ohne zu säen, die



«Wer die Spielregeln nicht selbst schreibt, wird gezwungen, sie zu akzeptieren.»

der Konflikt, sonst kommen die nächsten Streitbelegungsverfahren. Wer die Spielregeln nicht selbst schreibt, wird über die Hintertür dazu gebracht, sie zu akzeptieren. Skepsis ist nicht Paranoia. Skepsis ist Erfahrung.

Was mit dem lokalen Strom passieren könnte

Heute können wir vorschreiben, dass ein Teil des Stroms aus inländischer Produktion kommt. Mit dem Abkommen wird das strenger reguliert. Was eine regulierte Grundversorgung mit lokalen Präferenzen noch bedeutet, werden Gerichte und Gemischte Ausschüsse entscheiden – nicht mehr das Schweizer Parlament allein.

Und der Wasserzins? Die Wasserzinsverträge laufen Ende 2030 aus. Die Befürworter sagen: Das Abkommen gefährdet den Wasserzins nicht. Ich sage:

Regeln setzen, ohne gefragt zu werden. Heute heissen die Vögte anders. Sie sitzen in Brüssel. Und statt Burgen bauen sie Verträge.

Das Paket kommt vors Volk

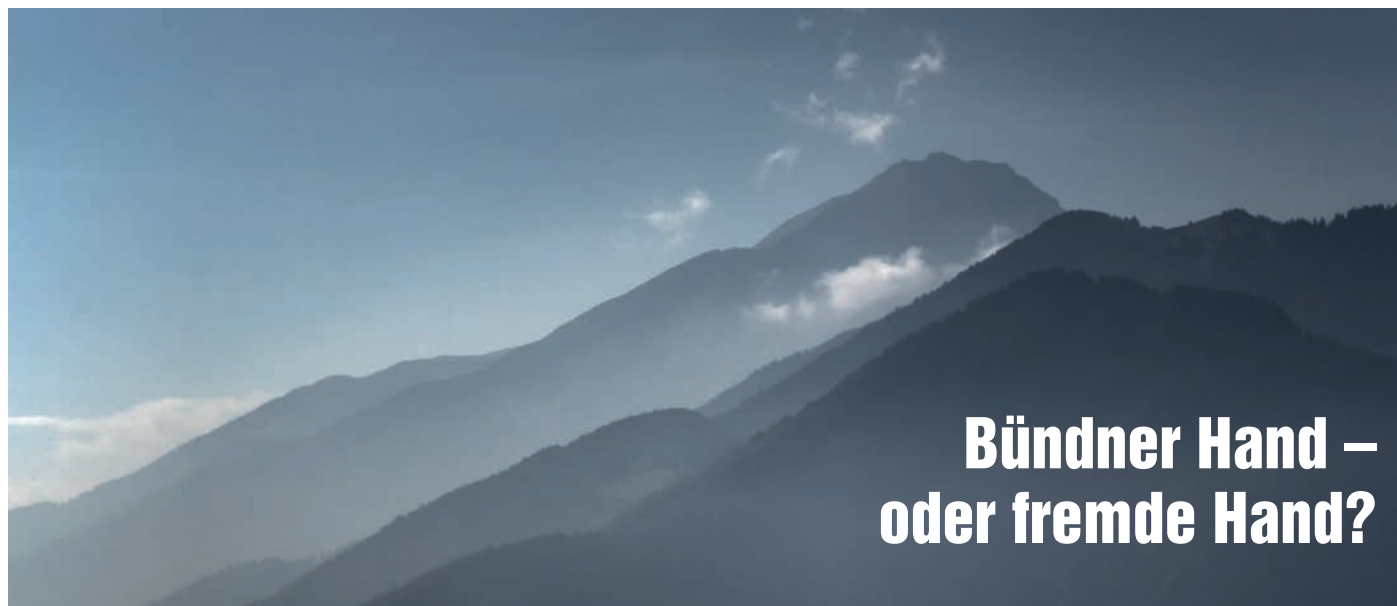
Das Paket Schweiz-EU wird derzeit im Parlament beraten. Noch ist nichts entschieden. Nutzen wir die Zeit – für Klartext, für Fragen, für Forderungen. Nicht für stilles Nicken.

Mehr Schweiz, weniger EU.

Sandro Krättli

Grossratskandidat, Liste 4, SVP Graubünden, Interview

Im nächsten Kapitel stellen wir die Frage, die damit eng zusammenhängt: Wem gehört eigentlich, was bei uns produziert wird? Wo fließen die Dividenden hin, die wir mit Bündner Wasser verdienen? Und warum Repower trotz Bündner Steinbock im Logo nicht mehr in Bündner Hand ist.



Bündner Hand – oder fremde Hand?

Wer bündnerisch denkt, stellt die entscheidende Frage: Wem gehört eigentlich, was bei uns produziert wird? Wer entscheidet über unsere Ressourcen? Und wohin fliesst das Geld, das mit Bündner Wasser, Bündner Sonne und Bündner Wind verdient wird?

Die Antworten sind unbequem.

Das Beispiel Repower

Repower hat seinen Sitz in Poschiavo. Das Unternehmen trägt den Bündner Steinbock im Logo, produziert Bündner Wasserkraft, versorgt Bündner Haushalte. Und doch ist der grösste Aktionär nicht Graubünden.

- Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ): 38.49 Prozent
- Kanton Graubünden: 27 Prozent
- Fonds von UBS und Swiss Life: 23 Prozent
- Streubesitz: 11 Prozent

Das Unternehmen, das unsere Täler mit Strom versorgt, wird stärker von Zürich als von Chur kontrolliert.

Wie wir die Mehrheit verloren haben

Bis 2016 hielt der Kanton Graubünden 58.3 Prozent an Repower. Bei der Kapitalerhöhung 2016 konnte der Kanton aus finanzrechtlichen Gründen nicht mitziehen. EKZ aus Zürich und ein UBS-Fonds übernahmen zusammen 150 Millionen Franken – und damit die Mehrheit am bündnerischen Energieversorger. Der Bündner Anteil fiel von 58.3 auf 21.96 Prozent.

Seither versucht der Kanton, die Mitwirkung abzusichern: über zwei Bündner Verwaltungsräte, einen Aktionärsbindungsvertrag und die Bündelung der Stimmrechte mit UBS- und Swiss-Life-Fonds im Jahr 2023. Heute liegt die Kantonsbeteiligung bei 27 Prozent. Aber die Mehrheit liegt immer noch in Zürich, nicht in Chur.

Wohin die Dividenden fließen

Was das konkret bedeutet, zeigen die Dividenden der letzten vier Geschäftsjahre (2021, 2023, 2024, 2025): rund 181 Millionen Franken Gesamtaus-

schüttung. Davon gingen 47 Millionen an Graubünden. Wäre die Mehrheit in Bündner Hand geblieben, wären es rund 106 Millionen gewesen – allein in vier Jahren rund 58 Millionen Franken, die heute nach Zürich und in Anlagefonds fließen statt in unseren Kanton.

Bündner Mehrheit sichern – nicht spekulieren

Die Frage ist nicht, ob der Kanton selbst Mehrheitsaktionär sein muss. Die Frage ist, ob die strategische Kontrolle über Bündner Wasserkraft in Bündner Hand bleibt – oder weiter abfließt. Es

geht nicht um Verstaatlichung, sondern um die richtigen Eigentümer: Bündner Bürger, Bündner Unternehmen, Bündner Pensionskassen, lokale Werke, strategische Allianzen mit anderen Bergkantonen.

Repower-Aktien sind ausserbörslich frei handelbar – jeder Bergler, jede Bündner Familie, jedes Bündner Unternehmen kann zugreifen. Wer von Bündner Wasser profitieren will, muss nicht warten, bis Zürich verkauft. Bündner Hand heisst nicht Staats-hand. Bündner Hand heisst: jeder Einzelne von uns.

Beim Heimfall der Konzessionen ab 2030 entscheidet sich die strategische Frage. Aber schon heute kann jeder Bergler ein Stück Bündner Wasserkraft halten.

Die Winterreserve – Milliarden-geschäft mit Bündner Wasser

Seit 2022 bezahlt der Bund Speicherkraftwerke dafür, im Winter Wasser zurückzuhalten: 281 Millionen Franken für den Winter 2022/23, 52 Millionen für 2023/24, weitere 352 Millionen als Übergangslösung bis 2030 – alles finanziert von den Schweizer Stromkunden.

Graubünden betreibt rund 100 Wasserkraftwerke und produziert 7.9 TWh pro Jahr – 21 Prozent der Schweizer Wasserkraft, die grössten Speicherseen der Deutschschweiz. Ein Teil der Winterreserve-Zahlungen fliesst entsprechend an Bündner Betreiber.

Das Problem: Die meisten dieser Kraftwerke gehören Aktiengesellschaften mit gemischten Aktionariaten – Engadiner Kraftwerke, Kraftwerke Hinterrhein, Repower, Axpo-Beteiligungen. Wasserzins und Heimfall liegen bei Kanton und Standortgemeinden. Die Betriebsgewinne fließen jedoch an die Aktionäre – und die sitzen oft anderswo.

Darum müssen wir beim Heimfall wachsam sein. Wenn die Konzessionen auslaufen, entscheidet sich, wem die Bündner Wasserkraft in Zukunft wirklich gehört. Das ist die grösste

Chance seit Generationen. Sie darf nicht in stillen Verhandlungen verschenkt werden. Bündner Mehrheit bei Bündner Wasser. Volle Verhandlungshärte für Gemeinden und Kanton.

Wer zahlt, befiehlt

In der Schweiz gilt ein einfacher Grundsatz: Wer zahlt, befiehlt. Unsere Vorfahren haben dieses Land mit harter Arbeit aufgebaut – die Kraftwerke in den Bergen, die Leitungen durch die Täler, die Stauseen, die heute Europa mit Strom versorgen. Sie haben gezahlt. Sie haben befohlen.

Jetzt zahlen wir immer noch. Aber befehlen tun immer öfter andere. Zürich. Die Aktionärsversammlung in einem Hochhaus irgendwo.

Das werden wir ändern

Beim Wasserzins. Bei den Beteiligungen. Bei der Grundversorgung. Bei den Verträgen mit Europa. An allen Stellen, wo Bündner Entscheide noch Bündner Entscheide sein sollen.

«Das heisst nicht Isolation. Das heisst nicht Rückwärtsgewandtheit. Das heisst: Mehrheit im eigenen Haus. Entscheidungsmacht bei der eigenen Ressource. Wertschöpfung im eigenen Tal. Bergler entscheiden über Bergler Energie.»

Bündner Energie gehört in Bündner Hand. Mehr Schweiz, weniger EU.

«Wer zahlt, befiehlt – und bei uns befehlen immer öfter andere.»

sich, wem die Bündner Wasserkraft in Zukunft wirklich gehört. Das ist die grösste

Chance seit Generationen.

Sie darf nicht in stillen Verhandlungen verschenkt werden.

Bündner Mehrheit bei Bündner Wasser.

Volle Verhandlungshärte für Gemeinden und Kanton.

Sie haben gezahlt. Sie haben befohlen.

Jetzt zahlen wir immer noch. Aber befehlen tun immer öfter andere.

Zürich. Die Aktionärsversammlung in einem Hochhaus irgendwo.

Beim Wasserzins. Bei den Beteiligungen. Bei der Grundversorgung.

Bei den Verträgen mit Europa. An allen Stellen, wo Bündner Entscheide noch Bündner Entscheide sein sollen.

«Das heisst nicht Isolation. Das heisst nicht Rückwärtsgewandtheit. Das heisst: Mehrheit im eigenen Haus. Entscheidungsmacht bei der eigenen Ressource. Wertschöpfung im eigenen Tal. Bergler entscheiden über Bergler Energie.»

Bündner Energie gehört in Bündner Hand. Mehr Schweiz, weniger EU.

Sandro Krättli

Grassratskandidat, Liste 4, SVP Graubünden, Untervaz



Unsere Kandidaten aus dem Kreis Fünf Dörfer

Regierungs- und Grossratswahlen 2026
14. Juni 2026



SVP
Fünf Dörfer
www.svp-gr.ch

Mehr Freiheit. Mehr Graubünden.



Bündner Energie gehört in Bündner Hand.

Herausgeber und Verfasser:
Sandro Krättli
Geschäftsführer und Inhaber

Bergler Energie AG
bergler@berglerenergie.ch

© 2026 - Bergler Energie AG.
Vervielfältigung nur mit Genehmigung.

Sandro Krättli
Grossratskandidat, Liste 4, SVP Graubünden, Untervaz



**Eine starke
Liste für
Graubünden.**





EIN STARKES TEAM AN IHRER SEITE.

ACCOLA DAVOS

Accola Davos GmbH
Obere Albertstrasse 3
CH-7270 Davos Platz
+41 (0)79 610 21 22

BAGGERN MIT LEIDENSCHAFT
accoladavos.com



Dein Dach, dein Strom, dein Preis.

Vom Einfamilienhaus bis zur Logistikflotte.

Photovoltaik, Batteriespeicher, Wärmepumpen, Ladeinfrastruktur und **neu auch Elektro-LKW.**

Von Berglern für Bergler.

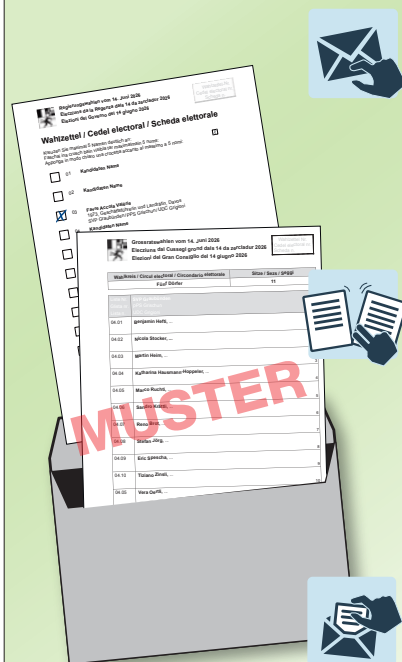
Bergler Energie AG

Räbmatt 41
6317 Oberwil b. Zug
berglerenergie.ch

Untere Industrie 2
7304 Maienfeld
+41 81 560 20 68
bergler@berglerenergie.ch



So wählen Sie richtig.



1. In Ihrem Abstimmungskuvett finden Sie:

- Kleines Kuvett
- Stimmrechtsausweis
- Stimmzettel **Grossratswahlen**
- Stimmzettel **Wahl der Regierung**

Das Abstimmungs-/ Zustellkuvett nicht wegwerfen!



2. So wählen Sie richtig: Grossrat (Proporz)

- **Grossratsliste 4** unverändert einlegen

Nur eine Grossratsliste nehmen sonst ist die Stimme ungültig.

Regierungsrat (Majorz)

- Nehmen Sie die Liste **Wahl der Regierung** und kreuzen Sie unsere Kandidatin **Valérie Favre Accola** an.



3. Wahlzettel ins kleine Kuvett

- Legen Sie die Wahlzettel ins **kleine Kuvett.**



4. Wichtig! – Stimmrechtsausweis unterschreiben

- **Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.**

Fehlt die Unterschrift ist Ihre Stimme ungültig.



5. Alles zurück ins Zustellkuvett

- Kleines Kuvett **mit Wahlzetteln** und **Stimmrechtsausweis** (unterschrieben) in das Zustellkuvett legen, sodass die Adresse Ihrer Gemeinde sichtbar ist.



6. Kuvett abschicken oder einwerfen

- bis 11. Juni per A-Post aufgeben
- bis 12. Juni auf die Gemeinde bringen
- am 14. Juni an die Urne gehen.

Bitte beachten Sie die jeweiligen Öffnungszeiten in Ihrer Gemeinde.

E-Voting: Seit 2024 bieten 28 Gemeinden in Graubünden die Möglichkeit des E-Votings – also des elektronischen Abstimmens und Wählens.

www.gr.ch/e-voting



Unabhängig. Sicher. Nachhaltig.

Liste 4
Kreis Fünf Dörfer

Eine Bitte zum Schluss

Wenn Sie nur eines aus dieser Wahlzeitung mitnehmen, dann das:

Seit 18 Jahren ist die SVP nicht mehr in der Bündner Regierung. 18 Jahre ohne Konkordanz. Eine der grössten Bündner Parteien sitzt vor der Tür – während drinnen Entscheide fallen, die uns alle betreffen:

- **Repower-Mehrheit nach Zürich abgeflossen – 58 Millionen entgangene Dividenden in vier Jahren**
- **0.54 % Mitsprache bei Swissgrid – wir produzieren, andere entscheiden**
- **2025: Regierung verzichtet aufs Ständemehr beim EU-Paket. Während andere Gebirgskantone sich schützen wollen, tanzt Graubünden aus der Reihe.**

Das ändert sich nur, wenn wir es ändern. Wir Bergler haben unsere Täler immer selbst aufgebaut – mit eigener Hand, mit eigenem Willen. Nichts wurde uns geschenkt. Niemand hat es für uns getan.

Konkordanz heisst: Alle wichtigen Stimmen am Tisch. Heute fehlt eine. **Am 14. Juni können wir das ändern.**

Diese Stimme heisst:

Valérie Favre Accola

Erfahren. Engagiert. Graubünden.

Ich kenne Valérie. Sie redet Klartext. Sie kämpft. Und sie weiss, was Graubünden braucht – nicht aus dem Lehrbuch, sondern aus dem Leben.

Am 14. Juni geht es um dasselbe wie beim Aufbau unserer Täler: Wer Graubünden stärken will, muss handeln. Und wählen gehen.

Liste 4 in den Grossen Rat.

Valérie in die Regierung!

**Bündner Energie. Bündner Hand.
Bergler Stolz.**



**Erfahren.
Engagiert.
Graubünden.**

Valérie in die
Regierung!

valerie-favreaccola.ch